

Zwischen verordneter und ernsthafter Freundschaft.
Die Bemühungen der *Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft* um
eine deutsch-polnische Annäherung in der DDR und in der
Bundesrepublik (1948-1972)

von

Christian L o t z

Der Zweite Weltkrieg, die nationalsozialistische Eroberungs- und Besatzungspolitik in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas sowie Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße hatten nach 1945 eine Annäherung zwischen Deutschen und ihren östlichen Nachbarn vor kaum überwindbare Hürden gestellt. Gerade drei Jahre nach Kriegsende wurde im August 1948 in Berlin die *Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft* (HvGG) gegründet. Zwei Jahre später entstand eine Gerlach-Gesellschaft auch in Düsseldorf. Beide Gesellschaften setzten sich eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen zum Ziel. Mit ihren Namen bezogen sie sich auf den preußischen Adligen und Publizisten Hellmut von Gerlach, der sich während der Weimarer Republik für eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen engagiert hatte.¹

Die Gerlach-Gesellschaften bzw. ihre Nachfolge-Organisationen in der Bundesrepublik und in der DDR weisen eine komplexe und untereinander verflochtene Organisationsgeschichte auf. Bis 1989 waren diese Verflechtungen zwischen Ost und West ein äußerst sensibles Thema. Publikationen der HvGG versuchten, dies möglichst auszublenden, da die westdeutsche Gerlach-Gesellschaft häufig mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, aus Ost-Berlin gesteuert zu sein.² Angriffe und Verteidigungen klan-

¹ Exemplarisch HELLMUT VON GERLACH: Die große Zeit der Lüge, Berlin-Charlottenburg 1926, sowie seine zahlreichen Aufsätze in der Weltbühne; vgl. auch die weiterführende Literatur bei KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ: Warszawa – Berlin – Bonn. Stosunki polityczne 1949-1958 [Warschau – Berlin – Bonn. Politische Beziehungen], Wrocław 2003, S. 133, Anm. 125. Hellmut von Gerlach schrieb seinen Namen mit zwei „l“; die HvGG gebrauchte anfangs uneinheitlich ein oder zwei „l“, wobei sich die Schreibweise „Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft“ schließlich durchsetzte.

² Vgl. WALTER FABIAN: Die deutsch-polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, hrsg. von WERNER PLUM, Bonn 1984, S. 69-73; FELIX-HEINRICH GENTZEN: Die Umerziehung der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik im Geiste freundschaftlicher Beziehungen zum neuen Polen, in: Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas 13 (1969), S. 111-142, bes. S. 126-134; CHRISTA HÜBNER: Zum Wirken der deutsch-polnischen Gesell-

gen dabei jedoch gleichermaßen pauschal.³ Auch Studien, die seit 1990 entstanden, haben die Beziehungen zwischen der ost- und der westdeutschen Gerlach-Gesellschaft bislang nicht erhellt.⁴ Lediglich einige Texte der „Deutsch-polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland“, die heute der Nachfolger der westdeutschen Gerlach-Gesellschaft ist, verweisen kurz auf eine gemeinsame Entstehungsgeschichte.⁵ Erst die Öffnung der Archive nach Ende der deutschen Teilung hat eine eingehendere Klärung der Zusammenhänge ermöglicht. In erster Linie geht es hierbei um Akten der Ost-Berliner HvGG selbst sowie um jene der SED-Westarbeit im Bundesarchiv Berlin/Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), darüber hinaus um Unterlagen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, da die westdeutsche HvGG überwacht wurde, sowie um Dokumente im Archiv des Polnischen Außenministeriums in Warschau. Unterlagen der westdeutschen Gerlach-Gesellschaft selbst stehen der wissenschaftlichen Forschung nicht zur Verfügung, da es ihr Vorstand in mehrjähriger Suche nicht vermocht hat, die eigenen Sitzungsprotokolle aus den 1950er und 1960er Jahren aufzufinden.

Dieser Aufsatz wird sich auf die Zeit zwischen Kriegsende 1945 und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung 1970/72 konzentrieren. Er wird zunächst, da dies in der Forschungsliteratur bislang nicht aufgearbeitet wurde, in einem kurzen Überblick die Organisationsgeschichte der Gerlach-Gesellschaft in Ost und West skizzieren.⁶ Anschließend wird der Aufsatz danach fragen, wie die Gerlach-Gesellschaft die Vergangenheit und Gegenwart der deutsch-polnischen Bezie-

schaft für Frieden und gute Nachbarschaft 1948-1952, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 27 (1979), S. 409-422.

³ Einen Einblick in die Debatten gibt FEO JAGEMANN: Anstößige Politik. Vier Jahrzehnte deutsch-polnischen Bemühens, Düsseldorf 1988.

⁴ Vgl. KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ: Próba zbliżenia NRD-Polska pod koniec lat czterdziestych i na początku pięćdziesiątych utworzenie i działalność Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft [Versuch einer Annäherung zwischen der DDR und Polen Ende der 1940er und Anfang 1950er Jahre. Gründung und Tätigkeit der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft], in: Sobótka 55 (2000), S. 527-556; RUCHNIEWICZ, Warszawa (wie Anm. 1), S. 147, weist zwar auf die Existenz einer westdeutschen Gerlach-Gesellschaft hin, geht jedoch auf die Verflechtungen zwischen Ost und West nicht ein.

⁵ Vgl. <http://www.polen-news.de> (Zugriff vom 14.08.2007), Link zur *Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD*: „Die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. wurde 1950 in Düsseldorf gegründet. Sie war die westdeutsche Neuformierung der 1948 in Berlin gesamtdeutsch konstituierten ‚Hellmut von Gerlach Gesellschaft‘“; zur *Deutsch-polnischen Gesellschaft – Bundesverband* vgl. <http://www.deutsch-polnische-gesellschaft.de> (Zugriff vom 14.08.2007) sowie Dialog der Bürger. Die gesellschaftliche Ebene der deutsch-polnischen Nachbarschaft, hrsg. von ALBRECHT RIECHERS u.a., Osnabrück 2005 (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband, 6), bes. S. 159-167, 179-183, 185-194.

⁶ Ausführlich zur *Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft* vgl. CHRISTIAN LOTZ: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948-1972), Köln u.a. 2007, S. 35-37, 84-102, 162-174, 233-239.

hungen darstellte und welche Reaktionen solche Darstellungen in der deutschen Bevölkerung in Ost und West hervorriefen. Zudem will dieser Beitrag prüfen, was sich davon ausgehend über die deutsche Perspektive auf die deutsch-polnischen Beziehungen und deren Entwicklung nach 1945 aussagen lässt. Zur Beantwortung dieser Fragen wurden Dokumente von der und über die Gerlach-Gesellschaft in den oben genannten Archiven ausgewertet; darüber hinaus wurden auch die von der Gerlach-Gesellschaft in Ost und West herausgegebenen Zeitschriften als Quellen herangezogen. Die Analyse bedient sich bei der Auswertung des Materials einer argumentationsgeschichtlichen Herangehensweise: Die Quellen werden daraufhin untersucht, welche Aspekte aus Vergangenheit und Gegenwart von den Akteuren zu einer übergreifenden Lesart der deutsch-polnischen Beziehungen zusammengesetzt werden.

Der Aufsatz will durch die Beantwortung der vorgenannten Fragen auch einen Beitrag zur laufenden Forschungskontroverse liefern, welcher langfristige Stellenwert der kommunistischen Freundschaftspropaganda für die deutsch-polnischen Beziehungen, einschließlich der frühen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR-Regierung im Jahr 1950, zukommt. Anna Wolff-Powęska ebenso wie Basil Kerski und Ludwig Mehlhorn haben in den zurückliegenden Jahren in mehr oder minder zugespitzter Form die These formuliert, dass die Jahre bis 1989 für eine ostdeutsch-polnische Annäherung verschwendet wurden.⁷ Wenngleich andere Autoren, wie etwa Christoph Kleßmann, ebenso konstatierten, dass die offiziellen Freundschaftsbekundungen im „ideologischen Klischee“⁸ steckenblieben, haben sie zugleich darauf hingewiesen, dass langfristig vor allem durch die Festschreibung der Oder-Neiße-Grenze im Görlitzer Vertrag von 1950 „alte Konflikte einfach stillgelegt und so einem Gewöhnungs- und Normalisierungsprozeß der Weg geebnet“⁹ wurde.

Der Impuls zur Gründung der Ost-Berliner Gerlach-Gesellschaft ging aus einem Gespräch hervor, das Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Franz Dählem im November 1947 mit zwei Vertretern der Polnischen Militärmission in Berlin, Jakub Prawin und Hubert Meller, führten. Im Verlauf der Unterredung zeigten die SED-Genossen Interesse, die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Kommunisten zu intensivieren.¹⁰ Wenn es jedoch das Ziel einer zu gründenden Gerlach-Gesellschaft war, Kräfte in der Bevölkerung zu mobilisieren, die sich trotz der

⁷ Diese These verfolgen in mehr oder minder zugespitzter Form mehrere Publikationen, vgl. Zwangsverordnete Freundschaft. Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990, hrsg. von BASIL KERSKI u.a., Osnabrück 2003 (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband, 1); ANNA WOLFF-POWĘSKA: Owojona rewolucja. Europa środkowo-wschodnia w procesie demokratyzacji [Die gezähmte Revolution. Ostmitteleuropa im Demokratisierungsprozess], Poznań 1998, S. 169-226; LUDWIG MEHLHORN: Zwangsverordnete Freundschaft? Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000, hrsg. von WOLF-DIETER EBERWEIN und BASIL KERSKI, Opladen 2001, S. 61-73.

⁸ CHRISTOPH KLESSMANN: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. Aufl., Bonn 1991, S. 217.

⁹ Ebenda.

¹⁰ RUCHNIEWICZ, Warszawa (wie Anm. 1), S. 132.

langen Konfliktgeschichte zwischen Deutschen und Polen für eine Annäherung und Aussöhnung einsetzen würden, und wenn man die Gründung der Gerlach-Gesellschaft nicht von vornherein als reine Parteiveranstaltung diskreditieren wollte, konnte die SED auf Nichtkommunisten, also ‚bürgerliche‘ Kräfte, nicht verzichten. Zur Gründung der Gerlach-Gesellschaft gelang es der SED-Führung, auch eine Reihe von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft für ihre Arbeit zu gewinnen, die der kommunistischen Bewegung bislang ferngestanden hatten. Zum Ostberliner Vorstand der HvGG gehörten zu Beginn u.a. die beiden Professoren der Humboldt-Universität Johannes Stroux (Altphilologie) und Peter Alfons Steiniger (Rechtswissenschaft) sowie der Journalist Carl Helfrich. Bereits im Herbst 1949 ließ das Zentralkomitee der SED den Kommunisten Karl Wloch auf den Posten des Generalsekretärs der HvGG heben.¹¹ Die Ostberliner Gerlach-Gesellschaft wurde 1950 in *Deutsch-Polnische Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft* (DPG) umbenannt und 1953 in die neugeschaffene *Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland* (GKV) integriert. Offiziell wurde die Gerlach-Gesellschaft durch diesen Akt aufgelöst, personell jedoch existierte sie in Gestalt von Arbeitsgemeinschaften für deutsch-polnische Freundschaft¹² in der GKV weiter, auch als diese 1961 in der *Liga für Völkerfreundschaft* der DDR aufging.

Im Vorstand der Düsseldorfer HvGG amtierten als Vorsitzender der preußische Adlige und ehemalige Generalmajor Hanns von Rohr und als Stellvertreter der Berliner Dramaturg Oskar von Arnim. Die SED-Führung, bzw. die von ihr angeleiteten Funktionäre der nordrhein-westfälischen KPD, von denen diese westdeutsche Gründung wahrscheinlich veranlasst worden war, sicherten sich den Posten des Generalsekretärs und besetzten ihn mit dem Kommunisten Paul Wolf.¹³ Die HvGG in Düsseldorf änderte 1953 ihren Namen in *Deutsche Gesellschaft für Kultur- und Wirtschaftsaustausch mit Polen* und ein weiteres Mal 1971 in *Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland*. Diese Gesellschaft sollte aber nicht mit der *Deutsch-polnischen Gesellschaft – Bundesverband* verwechselt werden.¹⁴

¹¹ Bundesarchiv (BArch) Berlin, DY 30/ IV 2/ 11/ v. 2867, Karl Wloch, Personalbogen. Karl Wloch war bis 1949 in polnischen Kriegsgefangenenlagern mit der ‚Umerziehung‘ deutscher Offiziere im Sinne eines sozialistischen Aufbaus beauftragt; vgl. dazu JERZY KOCHANOWSKI: In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945-1950, Osnabrück 2004, S. 324-337 und 355-367.

¹² BArch Berlin, SAPMO, DY 13/ 2162, Entwurf, Vorlage „Neubildung, Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise des Präsidiums der GKV“, Berlin, 1. September 1967, Anlage.

¹³ Im Vorstand der Düsseldorfer HvGG saßen in den ersten Jahren neben Hanns von Rohr und Oskar von Arnim der Unternehmer Karl Wolf aus Solingen, die in den Akten nicht näher bezeichneten Herren Büscher, Burmester und Lassak sowie als hauptamtliche Angestellte der KPD-nahe Journalist Paul Wolf (Erster Sekretär), der Schriftsetzer Michael Dosch und Willy Sosnowski; vgl. dazu Hauptstaatsarchiv (HStA) Düsseldorf, NW 511/ 49, Bericht des V-Manns „HVM 701, Quelle: Abel“ über die Jahresversammlung der HvGG am 1./2. März 1952 in Solingen).

¹⁴ Vgl. <http://www.polen-news.de> und <http://www.deutsch-polnische-gesellschaft.de> (wie Anm. 5). Trotz dieser zahlreichen Namensänderungen, die sowohl die ostdeutsche als auch die

Die Tätigkeit der HvGG und das inhaltliche Profil ihrer Veröffentlichungen wurden in der Bundesrepublik – teilweise auch in der DDR – von drei Interessengruppen geprägt: zum Ersten durch die Führung der SED, die in der deutschen Bevölkerung die Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze und damit ihrer Außenpolitik verbreitern wollte¹⁵; zum Zweiten durch die Vertreter der polnischen Außenpolitik, die vor allem durch die Polnische Militärmission in Berlin repräsentiert wurden, denen es auch um die Anerkennung der neuen polnischen Westgrenze ging und die darüber hinaus nach Wegen suchten, um in Deutschland Einfluss auf die Stimmung gegenüber Polen auszuüben¹⁶; zum Dritten durch eine in sich uneinheitliche Gruppe von Polen-Interessierten, darunter Journalisten, Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, Künstler usw., denen weniger an politischen Diskussionen um die Grenze gelegen war als grundsätzlich an einem Austausch zwischen Deutschen und Polen.¹⁷ Gemeinsam war allen drei Gruppen das Bestreben, die lang tradierten deutsch-polnischen Konfrontationen hinter sich zu lassen. Es unterschieden sich jedoch die Auffassungen, in welcher Weise man dabei am besten vorgehen sollte. Je nachdem, wie sich in den kommenden Jahren die Kräfteverhältnisse in diesem Dreiecksgefüge gestalteten, wurden auch die Akzente der Tätigkeit der Gerlach-Gesellschaft bestimmt.

Da der Impuls zur Gründung der HvGG von der SED-Führung ausgegangen war, hatte sie – inhaltlich und organisatorisch – einen erheblichen Vorsprung und prägte entsprechend die ersten Jahre der Arbeit. Am stärksten schlug sich dies auf die ostdeutsche Gerlach-Gesellschaft nieder: Hier bestimmte die SED-Führung weitgehend allein die Tätigkeit, da sie die wichtigsten Ämter mit linientreuen Genossen besetzte und auf dem Weg der Parteidisziplin ihren Willen durchsetzte. Im Westen sicherte sich die SED ihren Einfluss, indem regelmäßig Arbeitsbesprechungen mit linientreuen Genossen abgehalten wurden und indem sie die Gerlach-Gesellschaft anfangs wesentlich finanzierte: Monatlich flossen aus der Kasse der SED-Westarbeit über die Düsseldorfer KPD zwischen 11 000 und 15 000 ‚West-Mark‘ an die westdeutsche Gerlach-Gesellschaft, womit die hauptamtlichen Mitarbeiter sowie die Herstellung der vereinseigenen Zeitschrift bezahlt wurden.¹⁸ Nach den Vorstellungen der SED-

westdeutsche Gerlach-Gesellschaft bis heute vollzogen haben, wird dieser Aufsatz durchgängig die Bezeichnung „Gerlach-Gesellschaft“ bzw. HvGG verwenden, um dem Leser die Lektüre der Analyse zu erleichtern.

¹⁵ Zur Haltung der SED vgl. vor allem BArch Berlin, DY 13/ 1 bis 30, 3013a, 3040 sowie HStA Düsseldorf NW 511/ 44 bis 51 sowie NW 308/ 223.

¹⁶ Zur Perspektive der polnischen Außenpolitik auf die Gerlach-Gesellschaft vgl. Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (ArchMSZ) Warschau, z 10/ w 31/ t 267 bis t 273 sowie 492.

¹⁷ Neben Hanns von Rohr und Oskar von Arnim zählen hierzu u.a. der württembergische Pfarrer Ascan Lutteroth. Zu den Kooperationspartnern, die die HvGG für einzelne Projekte gewinnen konnte, gehören etwa der Präsident des *Bundes Deutscher Gebrauchsgraphiker*, Eberhard Hölscher, und der Aachener Geologie-Professor Karl Rode.

¹⁸ Zur Finanzierung der Gerlach-Gesellschaft vgl. allgemein: HStA Düsseldorf, NW 511/ 46, Bericht L-514, 19. Januar 1954, betr. „Besprechung Gerlach-Gesellschaft mit SBZ-Funktionären im Dezember 1953/Januar 1954“ (hier bes. zu Kurierwegen); NW 511/ 45, Aust

Agitationsabteilung sollte die Gerlach-Gesellschaft durch Ausstellungen, Vortragsveranstaltungen, Studienreisen und Veröffentlichungen in der DDR und in der Bundesrepublik die ‚Freundschaft zum polnischen Volk‘ wecken und beleben.

In den ersten Jahren war der Einfluss der SED auf die Gerlach-Gesellschaft in Ost-Berlin und in Düsseldorf so erheblich, dass die HvGG in ihren Veröffentlichungen die kommunistische Lesart der deutsch-polnischen Beziehungen und die mechanischen Vorstellungen einer ‚deutsch-polnischen Freundschaft‘, wie sie in der SED-Agitationsabteilung konzipiert worden waren, zumeist unverändert übernahm. Zahllose Beiträge schilderten den ‚sozialistischen Aufbau‘ im Nachbarland in den leuchtendsten Farben: neue Fabriken mit modernen Maschinen, wissbegierige Studenten an den wiedereröffneten Universitäten, fleißige Bauern bei der Ernte auf fruchtbaren Feldern.¹⁹ Der zweifellos beeindruckende Fortschritt beim Aufbau der kriegszerstörten polnischen Hauptstadt wurde von umfangreichen Reportagen begleitet und die Arbeitsleistung der Baubrigaden zum „Warschauer Tempo“²⁰ stilisiert, an dem sich die deutschen Bauarbeiter ein Beispiel nehmen sollten. So verständlich die Begeisterung war, mit der deutsche Autoren den Fortgang beim Aufbau des vom deutschen Eroberungskrieg verwüsteten Landes beschrieben, so einseitig und unkritisch, ja auf die Dauer langweilig, wurden solche Berichte.

Ein erheblich sensibleres Thema war demgegenüber die jüngste Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen – also der Zweiten Weltkrieg, die nationalsozialistische Eroberungspolitik, die Zwangsaussiedlung der Deutschen wie auch die neue Grenzziehung an Oder und Neiße. In einem der ersten Hefte der Zeitschrift *Blick nach Polen* skizzierte das Ost-Berliner Vorstandsmitglied Alfons Steiniger die Sichtweise der Gerlach-Gesellschaft:

„Die Statuierung der neuen Grenze, die von sämtlichen Alliierten einmütig beschlossene und vollzogene Rückführung der deutschen Bevölkerungsteile aus den an Polen abgetretenen Gebieten ist für uns Deutsche – besonders natürlich für die betroffene Bevölkerung – eine harte Tatsache. Die Härte dieser Tatsache ist indessen mit der Härte der Maßnahmen, die ohne Widerstand des deutschen Volkes Polen zugefügt wurden und noch weitergehend

Dü, Nr. 661-L9-V514, Düsseldorf, 14. März 1951, Quelle: L-514; NW 511/ 45, ohne Autor, ohne Datum (wahrscheinlich 25. Juli 1951), „betr. ‚Reinigung‘ in der Leitung des Friedenskomitees Westdeutschland“ (bes. zur Buchprüfung durch die SED); NW 511/ 50, Aust Dü, Bericht L-514, 23. Februar 1953, betr. Gerlach-Gesellschaft (bes. zum Finanzierungsweg über Firmen in der Bundesrepublik sowie zu Kontakten zur polnischen Militärmission); NW 511/ 46, Aust Dü, Bericht L-514, 19. Januar 1954, betr. „Besprechung Gerlach-Gesellschaft mit SBZ-Funktionären im Dezember 1953/Januar 1954“; NW 511/ 48, Aust Dü, Nr. 149/ II/ 2a/ L9/ 514, Düsseldorf, 10. Januar 1955, betr.: „Deutsche Gesellschaft ...“, Quelle: VM 514 (B3) (bes. zu Kontakten der HvGG zur SED und zur polnischen Militärmission); zum Grenzverkehr zwischen SED und KPD vgl. auch allgemein MICHAEL LEMKE: *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961*, Köln u.a. 2001, S. 107-108.

¹⁹ Vgl. dazu die Jahrgänge 1949 bis 1951 der Zeitschrift *Blick nach Polen* (Ost-Berlin) und die Jahrgänge 1950 bis 1954 der Zeitschrift *Jenseits der Oder* (Düsseldorf).

²⁰ [Ohne Autor]: Rubrik: Wovon man in Warschau spricht: Warschauer Tempo – bereits sprichwörtlich, in: *Blick nach Polen* 2 (1950), 10, S. 20-21.

zugeschrieben waren, nicht entfernt vergleichbar. Es handelt sich dabei also nicht einfach um eine Vergeltung für zugefügtes Unrecht, sondern vielmehr um eine Korrektur, die aus historischen Realitäten und einer moralischen Verpflichtung seitens der Deutschen erwachsen ist.²¹

In seinem grundlegenden Artikel malte Steiniger mit Blick auf die soeben gegründete Bundesrepublik ein Bedrohungsszenario für die Zukunft aus, da sich dort

„die aktiven Kräfte der sozialen Reaktion sammeln mit dem Ziel, die Friedensfront im Osten Deutschlands und Europas einzudrücken, um den dritten Weltkrieg mit zu entfachen. [...] Wer sich unter irgendwelchen Motiven bereit findet, diesen neuen Kampf um den ‚Lebensraum im Osten‘ zu befürworten, wer die Fortschritts- und Friedensgrenze im Osten angreift, führt Deutschland in den Tod.“²²

Die Deutschen, so ließ sich die Gerlach-Gesellschaft vernehmen, hätten sich viel zu lang überheblich gegenüber den Nachbarn im Osten verhalten. Vor allem geißelte die HvGG das ihrer Ansicht nach „in jahrhundertelanger Kolonisationspraxis erworbene[.] ‚Rechtsgefühl‘, im Osten beliebig Land ‚nehmen‘ zu dürfen“ als das Ergebnis „jahrzehntelange[r] Erziehung zu nationalistischer Selbstüberschätzung [und des] in der Ära Hitlers den Deutschen anezogenen Herrenwahn[s]“. ²³ Vorstandsmitglied Johannes Stroux schlussfolgerte daher,

„wenn es darum geht, daran mitzuarbeiten, ein Unrecht wieder gutzumachen, dann muss sich die Seite darum bemühen, auf der das Unrecht verschuldet oder zum mindesten in einer gewissen Form mitverschuldet wurde. Es widerspräche der geschichtlichen Wirklichkeit, gerade im Fall Polen, an der Einseitigkeit der Verantwortung für das, was in der Vergangenheit geschehen ist, zu zweifeln.“²⁴

Wiederholt konfrontierten Beiträge in den Zeitschriften und Publikationen der HvGG den Leser mit der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Ostmitteleuropa. Abgesehen davon, dass die HvGG dabei auch Zuspitzungen übernahm, die wahrscheinlich die SED-Agitationsabteilung erdacht hatte, lassen sich die Beiträge über NS-Verbrechen in Polen nicht als bloße Propaganda abqualifizieren. Besonders in den ersten Nachkriegsjahren gehörten die Zeitschriften und Bücher der Gerlach-Gesellschaft in Westdeutschland zu den wenigen Publikationen, die sich überhaupt mit der deutschen Besatzungspolitik in Polen befassten.²⁵

²¹ PETER ALFONS STEINIGER: Die Polen und wir, in: Blick nach Polen 2 (1950), 1, S. 4-5.

²² Ebenda, S. 4; vgl. dazu auch: K.W.W. [Autor nicht zu ermitteln; C.L.]: Ein falscher Heimatbegriff, in: Blick nach Polen 1 (1949), 2, S. 37.

²³ STEINIGER, Die Polen und wir (wie Anm. 21), S. 5; vgl. auch KARL WLOCH: Ein Beitrag zum deutschen [sic!] Gespräch, in: Blick nach Polen 2 (1950), 10, S. 1-3.

²⁴ JOHANNES STROUX: Geleitwort, in: Blick nach Polen 1 (1949), 1, S. 1.

²⁵ Vgl. dazu exemplarisch [ohne Autor]: Reisebericht, in: Jenseits der Oder 3 (1952), 2, S. 18-20; HANNS VON ROHR: Bericht von der Jahresversammlung der HvGG, in: Jenseits der Oder 3 (1952), 3, S. 4-5; KA. [Autor nicht zu ermitteln; C.L.]: Auschwitz-Häftlinge werden entschädigt. IG-Farben AG in Liquidation zahlt 30 Millionen DM, in: Jenseits der Oder 8 (1957), 3, S. 15; [ohne Autor]: Kommission der Ludwigsburger Zentralstelle besuchte vom 11. bis 30. Juni Polen, in: Stimmen und Begegnungen 8 (1965), 7, S. 6.

Mit ihren Veröffentlichungen war die HvGG vor allem bemüht, den deutschen Lesern die Perspektive Polens näher zu bringen. Keineswegs ging die HvGG in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit darüber hinweg, dass für die Deutschen die Kriegsniederlage und der Verlust des östlichen Teils Deutschlands nur schwer zu verkraften waren. Die HvGG zeigte dabei auch Verständnis für das harte Los der Flüchtlinge und Vertriebenen, die vom Gebietsverlust im Osten am meisten betroffen waren, so etwa der Philosoph Wolfgang Harich 1949 in der Zeitschrift der ostdeutschen Gerlach-Gesellschaft:

„Wenn ich meine Heimat, die ich liebte, und die ich auch nicht vergessen kann, verloren habe, so verdanke ich dies einzig und allein der beschämenden Tatsache, dass wir friedliebenden, zu guter Nachbarschaft bereiten Deutschen den Chauvinisten, unserem Feind und Verderber im eigenen Land, nicht rechtzeitig die Kriegsflagge zu entreißen vermochten.“²⁶

Solche und ähnliche Texte aus den ersten Jahren der Publikationstätigkeit der HvGG nahmen sich – verglichen mit jenen Beiträgen, die ab etwa 1952 vor allem von der ostdeutschen Gerlach-Gesellschaft über die deutsch-polnischen Beziehungen veröffentlicht wurden – geradezu moderat aus. Sie wiesen auf die schuldhaften Verstrickungen der Deutschen hin und leiteten daraus Handlungsanweisungen für eine Annäherung an Polen ab. Schon bald wurde allerdings die Tonart der Veröffentlichungen deutlich verschärft. Texte, die gar Verständnis für das Los der Flüchtlinge und Vertriebenen aufbrachten, verschwanden. Vielmehr wurde nun die Langzeitperspektive der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte vollständig neu ausgerichtet, indem diese auf ihre sozialen bzw. ‚klassenkämpferischen‘ Aspekte verkürzt wurde: Um dem Leser die Ursachen für die Konflikte zwischen Deutschen und Polen verständlich zu machen, erschien die Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nun als ein „ungeheures Ringen zwischen der amtlichen Besiedlungspolitik und der faktischen Ostflucht“: „[F]aktisch ist es doch so gewesen“, ließ sich Vorstandsmitglied Alfons Steiniger vernehmen, „dass zum Beispiel in Schlesien die Hälfte des Bodens 300 der größten Grundbesitzer gehörte, denen aber eine halbe Million polnischer Bauern gegenüberstand. Unter den schlesischen Bergleuten waren 70 Prozent und unter den Gießereiarbeitern 85 Prozent polnische Menschen.“²⁷ Dieses Beispiel, das der spezifischen Situation in Teilen des oberschlesischen Industriegebiets durchaus entsprach, wurde sodann für die gesamten deutschen Ostgebiete als „Ausbeutung der Vielen durch die Wenigen“²⁸ verallgemeinert. „Wir können nicht anerkennen, dass gerade diese Unterdrückungsgrenze, diese Nichtgrenze die ewige sein kann.“²⁹ Ergänzt wurden solche ‚Analysen‘ der sozialen und wirtschaftlichen Situation durch biographische Perspektiven von ausgewählten Flüchtlingen und Vertriebenen, die in den Veröffentlichungen der Gerlach-Gesellschaft zu Wort kamen:

²⁶ WOLFGANG HARICH: Die Polen und wir, in: Blick nach Polen 1 (1949), 3, S. 21.

²⁷ PETER ALFONS STEINIGER: Polen und Deutschland. Rede auf der ersten Arbeitskonferenz der ‚Deutsch-Polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft‘, in: Blick nach Polen 2 (1950), 4, S. 32-35, hier S. 32.

²⁸ Ebenda, S. 33.

²⁹ Ebenda, S. 32.

„War Schlesien überhaupt mein Heimatland?“ fragte in einem Leserbrief ein Vertriebener rhetorisch und fuhr fort: „Ich bin dort geboren, aber mein Land war es nicht. Es war das Land der schlesischen Guts- und Industriemagnaten. Heimat ist dort, wo für den Frieden gelebt und gearbeitet wird. [...] Wer aber schreit über die deutsch-polnische Grenze? Es schreien die Gutsbesitzer und Industrieherrn, deren Heimat nicht Schlesien oder Ostpreußen heißt, deren Heimat Profit heißt!“³⁰

In solchen und ähnlichen Texten suggerierte die Ost-Berliner HvGG, dass in den Ostgebieten der deutsche Bevölkerungsanteil bereits im 19. Jahrhundert durch die anhaltende Ost-West-Migration auf die Fabrik- und Gutsbesitzer zusammengeschrumpft wäre, die dort eine Mehrheit polnischer Arbeiter ausgebeutet hätten. Die ethnische Grenze zwischen Deutschen und Polen wäre daher bereits seit Jahrzehnten in der Nähe von Oder und Neiße verlaufen. Folgte man einer solchen ‚klassenkämpferischen‘ Geschichtsdeutung der deutsch-polnischen Beziehungen, musste die Grenzziehung von 1945 als ‚Nachvollzug‘ ohnehin bestehender Bevölkerungsverhältnisse erscheinen. Zudem nahm sich angesichts der sozialen Umwälzungen, welche die SED seit 1946 ins Werk setzte, die Aussiedlung der angeblich kleinen Minderheit von deutschen Fabrik- und Gutsbesitzern gleichsam als spezifische Form der Enteignung aus.³¹

Diese Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen ging an den tatsächlichen ethnischen und sozialen Gegebenheiten in den deutschen Ostgebieten allerdings vorbei: Zwar ließ sich zweifellos seit dem 19. Jahrhundert eine anhaltende Ost-West-Migration beobachten, die ihre Ursache vor allem in der industriellen Revolution hatte. Von kontinuierlichen Abwanderungsbewegungen waren in erster Linie die östlichen Provinzen Preußens – Posen, West- und Ostpreußen – betroffen.³² Der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung in den Grenzregionen des Reiches und seinen Ostprovinzen ging daher kontinuierlich zurück. Obwohl die Regierungen Preußens und später des Reiches zahlreiche Hilfs- und Förderprogramme auflegten, um dieser Ostflucht und damit einer befürchteten ‚Entdeutschung‘ Einhalt zu gebieten, ließ sich die Bewegung nicht aufhalten.³³

³⁰ SIEGFRIED KRAHL: Leserbrief, in: *Blick nach Polen* 2 (1950), 12, S. 47.

³¹ Vgl. dazu bes. die Beiträge in den Heften der Zeitschrift *Blick nach Polen* 2 (1950), 4 und 9, sowie die Zeitschrift *Von Peking bis Tirana* 3 (1955), 2.

³² MICHEL HUBERT: Deutschland im Wandel. Geschichte der deutschen Bevölkerung seit 1815, Stuttgart 1998 (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 146), S. 174-187.

³³ BRIGITTE BALZER: Die preußische Polenpolitik 1894-1908 und die Haltung der deutschen konservativen und liberalen Parteien, unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen, Frankfurt am Main 1990 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 434), vgl. darin bes. die detaillierte Literaturübersicht auf S. 11-22; zur Polen-Politik der Weimarer Republik und zur auch nach 1918 anhaltenden Abwanderung aus dem Osten vgl. NORBERT KREKELER: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919-1933, Stuttgart 1973 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 27);

Durch die Grenzziehung von 1918/21 wurde jedoch der allergrößte Teil der gemischtsprachigen Regionen dem wiederentstandenen polnischen Staat zugesprochen. Siedlungen, deren Einwohner mehrheitlich nicht deutsch sprachen³⁴, waren daher in nennenswerter Zahl im Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg lediglich in einem schmalen Streifen des südlichen Ostpreußens und in Teilen Oberschlesiens anzutreffen (vgl. Abbildung 1).³⁵ Auf diesen wesentlichen Unterschied zwischen der Situation vor und jener nach dem Ersten Weltkrieg ging die Propaganda der Gerlach-Gesellschaft nicht ein. Damit suggerierten die Texte der HvGG, dass auch in den nach dem Ersten Weltkrieg beim Reich verbliebenen östlichen Teilen Deutschlands eine kleine Anzahl deutscher Fabrik- und Großgrundbesitzer eine Mehrheit polnischer Arbeiter ausgebeutet hätte. Tatsächlich aber waren Ostpreußen (mit Ausnahme des südlichen Streifens), Pommern und Niederschlesien in den 1920er und 1930er Jahren nicht weniger ethnisch deutsch als etwa Sachsen, Holstein oder Baden. Indem die HvGG nicht nur Westpreußen, Posen und Oberschlesien, sondern die gesamten deutschen Ostgebiete in das Narrativ eines anhaltenden deutsch-polnischen Konfliktes einbettete, verschob sie in ihrer Darstellung die ethnische Grenze um mehrere hundert Kilometer nach Westen an die Oder-Neiße-Linie. In den Köpfen der Deutschen sollte die Vorstellung einer Landkarte (*mental map*) verankert werden, auf der die Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen bereits in Kolberg/Kołobrzeg, Stettin/Szczecin, Landsberg an der Warthe/Gorzów Wielkopolski, Liegnitz/Legnica oder Breslau/Wrocław begannen, nicht aber – wie es der historischen Situation entsprach – in Kattowitz/Katowice, Posen/Poznań oder Bromberg/Bydgoszcz (siehe Abbildung 2).

Obschon sich die Propaganda der Gerlach-Gesellschaft in weiten Teilen mit der offiziellen polnischen Propaganda deckte, lässt sich hier ein bemerkenswerter Unterschied erkennen: Die polnische Propaganda griff vor allem auf das Mittelalter zurück und betonte die alten Spuren slawischer Kultur in den neuen Westgebieten Polens. Zwar sprach die polnische Propaganda auch von der Ostflucht im 19. Jahrhundert; aber sie ging nicht so weit zu behaupten, dass vor 1945 in den Ostgebieten nur noch

JOCHEN OLTMER: Migration und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2005, bes. S. 99-107.

³⁴ Im deutsch-polnischen Grenzgebiet handelte es sich neben polnischsprachigen Siedlungen auch um solche, in denen wendisch, kaschubisch, masurisch oder ‚wasserpolnisch‘ gesprochen wurde.

³⁵ Vgl. THOMAS GÖTHEL: Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Weimarer Republik, Köln 2002, zur Minderheitenpolitik gegenüber den Masuren in Ostpreußen bes. S. 301-342; vgl. dazu auch die in Deutschland und Polen herausgegebenen Sprachkarten aus den 1920er Jahren, die zwar die Bevölkerung oftmals zum jeweils nationalen Vorteil der Kartenautoren in eindeutige Raster einzupassen suchten, die jedoch hinsichtlich des deutsch-polnischen Grenzgebiets sehr ähnlich ausfallen: BLASIUS KOZENN: Kozenn Atlas, bearbeitet von HEINRICH GÜTTENBERGER und HERMANN LEITER, 52. Aufl., Wien 1931, Tafel 37; EUGENIUSZ ROMER: Atlas Polski, Warszawa, Lwów 1916, Tafel IX; CARL DIERCKE: Diercke Schulatlas für höhere Lehranstalten, große Ausgabe, 59. Aufl., Braunschweig 1924, Tafel 140.

eine deutsche Minderheit gelebt habe. Diese Behauptung hätte den Erfahrungen der polnischen Siedler in den Nachkriegsmonaten vollkommen widersprochen, denn diese mussten anfangs in zahlreichen Städten und Gemeinden der Westgebiete mit den noch nicht ausgesiedelten Deutschen – die unübersehbar die Mehrheit stellten – zusammenleben.³⁶

Unabhängig von diesen Unterschieden zwischen der Geschichtsdeutung, wie sie die polnischen Kommunisten vertraten, und jener, wie sie die deutschen Kommunisten und die Gerlach-Gesellschaft propagierten, lässt sich in diesen Deutungen sehr klar das Spiegelbild zu jener Geschichtsdarstellung erkennen, wie sie vor allem von den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik zu hören war: In deren Lesart erschienen die Ostgebiete – und zwar die gesamten Ostgebiete, einschließlich der gemischtsprachigen Regionen Masurens und ganz Oberschlesiens – als rein *deutsche* Gebiete. Die Geschichte jener Territorien, so gewann man bei der Lektüre landsmannschaftlicher Texte den Eindruck, hatte überhaupt erst begonnen, seit *deutsche* Siedler in dieses – zuvor offenkundig – menschenleere Land gekommen waren.³⁷

In der Gegenüberstellung dieser Bilder zeigt sich, dass beide Seiten aus der vielfältigen und von komplexen Verflechtungen durchzogenen Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen lediglich Ausschnitte wählten – Ausschnitte, die sich für die jeweils eigenen politischen Ziele als Argumente verwenden ließen. Dabei ging es um die Ausgestaltung der Beziehungen zu Polen, vor allem um die Frage der Grenzziehung. Wenn – wie sehr oft – im Streit um die Grenze auch die Geschichte als Begründung für die eigene Position herangezogen wurde, folgte die Argumentation in den meisten Fällen dem gleichen Muster: Anhand ganz gezielt ausgewählter historischer Ereignisse, Orte, Personen oder Strukturen sollte der spezifisch „deutsche“ oder „polnische“ Charakter der strittigen Gebiete nachgewiesen werden, woraus sich geradezu zwangsläufig die Zugehörigkeit dieses Territoriums zu Polen oder Deutschland ergab. Durch diese Form der Verwertung von nützlichen Ausschnitten aus der Vergangenheit wurde Geschichte politisch aufgeladen. Es entstand eine Art ‚erinnerungspolitischer Sog‘, in den sämtliche Wortmeldungen zur Geschichte der betreffenden Region hineingerieten, selbst wenn ihrem Autor oder Sprecher ein politischer Anspruch fern lag: Ganz gleich, ob es um den Kirchenbau in Pommern, um die Geschichte der Landwirtschaft in Ostpreußen oder um die Entwicklung der Industrie in Oberschlesien

³⁶ Vgl. dazu GREGOR THUM: Die fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003, S. 114-170; DARIUSZ NIEDŹWIEDZKI: Odzyskiwanie miasta. Władza i tożsamość społeczna [Die Rückgewinnung der Stadt. Herrschaft und gesellschaftliche Identität], Kraków 2000, bes. S. 180-210.

³⁷ Vgl. TOBIAS WEGER: Wokół kultury pamięci śląskich wypędzonych w Niemczech [Zur Erinnerungskultur schlesischer Vertriebener in Deutschland], in: Górny Śląsk wyobrażony. Wokół mitów, symboli i bohaterów dyskursów narodowych/Imaginiertes Oberschlesien. Mythen, Symbole und Helden in den nationalen Diskursen, hrsg. von JULIANE HAUBOLD-STOLLE und BERNARD LINEK, Opole, Marburg 2005 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 23), S. 123-137; LOTZ (wie Anm. 6), S. 62-76.

ging, die Kontrahenten im Streit um die Grenze suchten überall nach historischen Details, die für ihre Position verwendbar waren.³⁸

Während der ersten Nachkriegsjahre war deutlich spürbar, dass jene Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen, die mit Ausschnitten aus der ‚deutschen‘ Geschichte einen Anspruch Deutschlands auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße begründete, zweifellos den Zuspruch der Mehrheit der deutschen Bevölkerung erfuhr. Demgegenüber traf die Gerlach-Gesellschaft mit ihren Veröffentlichungen, Ausstellungen und Veranstaltungen sowie mit ihrer Lesart der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte auf Ablehnung. Die Kritik an der HvGG nahm jedoch in Ost und West sehr unterschiedliche Formen an:

In der DDR wurden zwar kritische Wortmeldungen zur Oder-Neiße-Grenze oder zur Politik der SED gegenüber Polen in Presse und Rundfunk nicht zugelassen; so waren Polizei und Staatssicherheit angehalten worden, derartige Diskussionen bei Veranstaltungen oder Versammlungen zu unterbinden. Allerdings gelang dies in den ersten Jahren nicht vollständig, weil Veranstaltungen und Kundgebungen der Gerlach-Gesellschaft in der DDR streckenweise auf die „provokatorische Frage nach dem ‚Verbleib des deutschen Eigentums in Polen‘“³⁹ und bisweilen auf den offen bekundeten Rückkehrwillen zahlreicher Vertriebener trafen.⁴⁰ Auch von prominenter Stelle war deutliche Kritik zu vernehmen: Anna Seghers etwa kritisierte die Art, mit der die SED-Agitationsabteilung Schriftsteller aus Polen und anderen Ländern in der DDR empfing: „Immerfort aufs Langweiligste mit denselben Phrasen an verschiedenen Orten empfangen, machten sie [die Schriftsteller; C.L.] halblaut unter sich den Witz, ob eine Grammophonplatte von Ort zu Ort geschickt wird?“⁴¹ In der Bevölkerung der DDR blieb zudem ungeachtet aller Propaganda die Ostgrenze Deutschlands ein umkämpfter Diskussionsgegenstand. Sobald sich in den internationalen Beziehungen nur die zaghafteste Bewegung beobachten ließ, liefen bei der Informationsabteilung des SED-Zentralkomitees Berichte über lebhaftere Debatten in der Bevölkerung ein.⁴²

In der Bundesrepublik entlud sich der Widerspruch gegen die Arbeit der Gerlach-Gesellschaft vielerorts ungebremst: Kaum war die Gerlach-Gesellschaft gegründet

³⁸ Vgl. exemplarisch die Debatten um Kopernikus oder um den Breslauer Dom bei PETER SIEHM: Ein großer Sohn des polnischen Volkes, in: *Jenseits der Oder* 3 (1952), 3, S. 12-13; HANS THEUNER: Und die Steine reden doch deutsch, in: *Der Schlesier* vom 23. September 1965.

³⁹ [Ohne Autor]: Versammlung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Berlin 1950, in: *Blick nach Polen* 2 (1950), 10, S. 45.

⁴⁰ BArch Berlin, SAPMO, DY 30/ IV 2/ 5/ 1171, DY 30/ IV 2/ 5/ FBS 124/ 4058; vgl. zu den Problemen, denen sich SED und die *Vereinigte Polnische Arbeiterpartei* (PZPR) bei der deutsch-polnischen Freundschafts-Propaganda gegenübersehen, JAN C. BEHREND: Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR (1944-1957), Köln 2005, S. 263-272.

⁴¹ BArch Berlin, NY 4090/ 526, Schreiben von Anna Seghers an den Vorstand der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, 15. Dezember 1953.

⁴² Vgl. dazu exemplarisch die Berichte in BArch Berlin, SAPMO, DY 30/ IV 2/ 5/ FBS 124/ 4058.

worden, wurde sie von konservativen Politikern und Publizisten als „kommunistische Tarnorganisation“⁴³ diffamiert. Nach den ersten öffentlichen Veranstaltungen hagelte es wütende Angriffe in der Presse und Anzeigen wegen Landesverrats. Auch innerhalb der westdeutschen Gerlach-Gesellschaft war die Position, wie sie bei Veranstaltungen und in den hauseigenen Publikationen vertreten wurde, keineswegs unumstritten. Die gemäßigten Stimmen im Vorstand – allen voran von Rohr und von Arnim – kritisierten beispielsweise jene Texte, welche die SED-Agitationsabteilung nach Düsseldorf zur Veröffentlichung in den vereinseigenen Zeitungen sandte. Diese wären zu „kommunistisch“ und „[könnten] ebenso gut in der Zeitung ‚Neues Deutschland‘ stehen“; von Rohr sah sehr deutlich, dass man „neutraler schreiben“⁴⁴ müsse, um bei westdeutschen Lesern Gehör zu finden.⁴⁵ Der wichtigste Rückhalt für solche Kritik gegenüber der SED-Führung war, dass von Rohr, von Arnim und andere ‚bürgerliche‘ Mitglieder der Gerlach-Gesellschaft wussten, dass die SED-Führung sie nicht einfach an den Rand drängen oder gar aus der HvGG ausschließen konnte, denn diese ‚bürgerlichen‘ Mitglieder im Vorstand und an der Basis dienten auch als Nachweis, dass es sich bei der Gerlach-Gesellschaft wohl kaum um eine rein kommunistische Organisation handeln konnte.⁴⁶ Bestärkt wurden die gemäßigten Kräfte im Vorstand auch durch Teile der Basis: Wenn bei regionalen Arbeitsbesprechungen oder Versammlungen der Gerlach-Gesellschaft KPD-Funktionäre mit propagandistischen Referaten im Sinne der SED-Westarbeit auftraten, führte dies zu „Befremden bei einigen Anwesenden“.⁴⁷ Diese waren irritiert über den kommunistischen Duktus und betonten, dass man zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen, nicht aber zur tagespolitischen Agitation zusammengekommen sei.⁴⁸ Solche interne Kritik an den SED-Richtlinien – ob aus dem Vorstand oder an der Basis – stieß jedoch schnell an ihre

⁴³ Diese Formulierung übernahm bald auch der Verfassungsschutz, der die Tätigkeit der Gerlach-Gesellschaft in der Bundesrepublik überwachte. Vgl. exemplarisch HStA Düsseldorf, NW 511/ 44, Schreiben des Hessischen Innenministers an den Nordrhein-Westfälischen Innenminister, 20. Oktober 1950, betr.: Gerlach-Gesellschaft.

⁴⁴ HStA Düsseldorf, NW 511/ 50, Bericht L514, Düsseldorf, 6. März 1953, betr.: Sitzung der Beauftragten der Gerlach-Gesellschaft auf Bundesebene am 19./20. Februar 1953 in Düsseldorf, Kruppstraße 10.

⁴⁵ HStA Düsseldorf, NW 511/ 44, Aust Dü, Nr. 246-L9-V-514; Düsseldorf, 29. Januar 1951, betr. Instrukteur der Gerlach-Gesellschaft Anspach; NW 511/ 50, Bericht L514, Düsseldorf, 6. März 1953, betr.: Sitzung der Beauftragten der Gerlach-Gesellschaft auf Bundesebene am 19./20. Februar 1953 in Düsseldorf, Kruppstraße 10; NW 511/ 46, Aust Dü, Bericht L 514, 24. November 1953.

⁴⁶ Vgl. dazu exemplarisch die Auseinandersetzungen um die Personalpolitik in HStA Düsseldorf, NW 511/ 46, Aust Dü, Bericht L514, Düsseldorf, 8. September 1953; vgl. auch HStA Düsseldorf, NW 511/ 45, Schreiben der „Informationsstelle“ im nordrhein-westfälischen Innenministerium an das Sozialministerium, 23. Mai 1951, betr. Gerlach-Gesellschaft.

⁴⁷ HStA Düsseldorf, NW 511/ 50, Aust Dü, Bericht L514, 5. März 1953, betr.: Deutsche Gesellschaft.

⁴⁸ HStA Düsseldorf, NW 511/ 50, Bericht UVM Schuber des L-514, Düsseldorf, 16. April 1953, betr.: Beauftragtagung am 9. April 1953 in Schloß Burg.

Grenzen. Wenn für die SED-Führung der Einfluss der gemäßigten Kräfte in Düsseldorf zu groß oder deren Handeln zu eigenmächtig wurde, übte sie erheblichen Druck aus, indem sie der HvGG die monatliche Finanzierung sperrte, womit die Arbeit an laufenden Projekten akut gefährdet wurde.⁴⁹

Die Lage der Gerlach-Gesellschaft änderte sich Mitte der 1950er Jahre in mehrerer Hinsicht. Die ostdeutsche HvGG wurde schon 1952/53 von der SED-Agitationsabteilung selbst an den Rand des politischen Geschehens gedrängt, offenbar weil der SED eine Weiterführung deutsch-polnischer Freundschaftspropaganda im Rahmen einer eigens dafür eingerichteten Organisation überflüssig schien. Hatte der Ost-Berliner HvGG-Vorstand noch in den Jahren 1949 bis 1952 mit großer Anstrengung die Basis auf 100 000 Mitglieder vergrößert, schrumpfte diese Zahl augenblicklich zusammen, als der Rückhalt der SED schwand.⁵⁰ Nicht zuletzt darin wurde deutlich, dass vielerorts allein das Zureden oder gar Drängen der SED zahlreiche Mitglieder zu einem Eintritt in die HvGG veranlasst hatte, nicht aber ein ernst gemeintes Bemühen um eine deutsch-polnische Verständigung. In der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (GKV), in welche die ostdeutsche Gerlach-Gesellschaft eingegliedert wurde, fristeten deutsch-polnische Anliegen ein Schattendasein in Gestalt von so genannten Arbeitsgemeinschaften für deutsch-polnische Freundschaft. Erst Ende der 1960er Jahre wurden diese Arbeitsgemeinschaften zu neuem Leben erweckt: Die SED-Agitationsabteilung sah sich durch die neue Ostpolitik der Bundesregierung unter Druck gesetzt. Je näher eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die westdeutsche Regierung rückte, desto mehr geriet die SED-Führung in Erklärungsnot. Die Arbeitsgemeinschaften für deutsch-polnische Freundschaft sollten nun in neuen Publikationen und Ausstellungen den Nachweis erbringen, dass – ungeachtet aller Bewegung in der Politik der Bundesregierung – „der Revanchismus in Westdeutschland offizielle Regierungspolitik ist“.⁵¹

Während die Gerlach-Gesellschaft in der DDR nur noch eine marginale Rolle spielte, erlebte sie in der Bundesrepublik ab 1956/57 einen spürbaren Aufschwung. Dies ging ursächlich auf mehrere außen- und innenpolitische Entwicklungen zurück⁵²: Zum Ersten änderte sich die Wahrnehmung Polens, nachdem im Herbst 1956 Władysław Gomułka an die Macht zurückgekehrt war und sich das politische System vorsichtig zu öffnen begann. Zum Zweiten stieß die kompromisslose Haltung der Bundesregierung, die weiterhin eine Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 forderte, nun auch bei ihren westlichen Verbündeten auf Ablehnung. Insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika wuchs im Verlauf der zweiten Berlin-

⁴⁹ HStA Düsseldorf, NW 511/ 45, Aust Dü, Nr. 661-L9-V514; Düsseldorf, 14. März 1951; Quelle: L-514.

⁵⁰ BArch Berlin, SAPMO, DY 13/ 7, Protokoll über die Landessekretärsitzung am 9. August 1952; BArch Berlin, SAPMO, DY 13/ 4, ohne Autor [wahrscheinlich Karl Wloch], Vermerk „In Ergänzung zu dem am 12. Oktober 1953 bereits mündlich erstatteten *Bericht* halten wir folgendes schriftlich fest“, 17. Oktober 1953 [Hervorhebung im Original].

⁵¹ BArch Berlin, SAPMO, DY 13/ 3013a, Liga für Völkerfreundschaft, Protokoll der Dienstbesprechung am 11. Juli 1966.

⁵² Zu den folgenden Ausführungen vgl. ausführlicher LOTZ (wie Anm. 6), S. 127-208.

Krise ab 1958 das Interesse an einer Entspannung, zu welcher die Bundesrepublik mit einer Anerkennung des Status Quo beitragen sollte. Zum Dritten ließ in der Bundesrepublik durch eine immer weiter voranschreitende wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen der soziale Druck auf die Diskussionen um die deutsch-polnischen Beziehungen und die Oder-Neiße-Grenze nach. Mittlerweile konnte sich eine wachsende Zahl von Vertriebenen ein Leben im westlichen Deutschland, und nicht mehr allein an ihrem vormaligen Wohnort, vorstellen. Zum Vierten – dieser Faktor begann allerdings erst in den frühen 1960er Jahren seine ganze Wirkung zu entfalten – rückten zahlreiche Verfahren vor westdeutschen Gerichten die nationalsozialistischen Verbrechen verstärkt in das Licht der Öffentlichkeit. Dadurch verlor die vor allem von den Vertriebenenverbänden angeheizte Agitation vom ‚Unrecht‘, das den Deutschen durch Vertreibung und Gebietsverlust widerfahren sei, an argumentativer Kraft.

Insbesondere das ‚Tauwetter‘ in Polen wirkte sich unmittelbar auf die Arbeit der westdeutschen Gerlach-Gesellschaft aus. Die Arbeit der HvGG begann, offener zu werden. Die Beiträge, die in ihrer Zeitschrift *Jenseits der Oder* erschienen, wurden vielfältiger. Die HvGG gab gar eine neue Zeitschrift – die *deutsch-polnischen hefte* [sic!] – heraus, um ihren neuen Anstrengungen auch formal Ausdruck zu verleihen. Zwar war die pointiert linke politische Haltung auch in der neuen Zeitschrift unübersehbar. Auch änderte sich an dem Geschichtsbild, wie es in den ersten Jahren Form gewonnen hatte, kaum etwas. Gleichwohl verschwand aus vielen Texten der sperrige Tonfall kommunistischer Propaganda und der HvGG gelang es, bis Mitte der 1960er Jahre eine wachsende Anzahl von Autoren unterschiedlichster politischer Herkunft für ihre Veröffentlichungen, Ausstellungen und Veranstaltungen zu gewinnen.⁵³

Dies führte dazu, dass die Tätigkeit der HvGG in der westdeutschen Gesellschaft gelassener, teilweise sogar wohlwollend aufgenommen wurde. Zwar gab es weiterhin Angriffe gegen die HvGG, aber „wir [sollten] doch nicht übersehen“, resümierte Vorstandsmitglied Paul Wolf 1957, „dass sie, gemessen an früheren Dingen, seltener geworden sind“.⁵⁴ Die Öffnung der westdeutschen HvGG wurde von der SED-Führung in Ost-Berlin zunächst hingenommen; bald jedoch mehrte sich die Kritik. Eine Disziplinierung der HvGG erwies sich jedoch von Ost-Berlin aus als durchaus kompliziert, da die HvGG durch die Öffnung auch größer geworden war und mehr Mitglieder mit neuem Engagement mitwirkten, das sich durch finanzielle Zuwendungen aus Ost-Berlin nicht einfach kanalisieren ließ. Zudem hatten sich zwischen der HvGG und der Polnischen Militärmission inzwischen lebhaft Kontakte entwickelt: Regelmäßig trafen sich Vertreter zur gemeinsamen Beratung der weiteren Tätigkeit der westdeutschen HvGG. Selbst den finanziellen Druck der SED versuchten die gemäßigten Mit-

⁵³ Dazu gehören beispielweise der Soziologe Johannes Harder und der Theologie-Professor Jürgen Moltmann, vgl. die Ausgaben der Zeitschrift *deutsch-polnische hefte* der Jahre 1958 bis 1965.

⁵⁴ PAUL WOLF: Rückblick auf zwei Jahre. Aus dem Tätigkeitsbericht der Deutschen Gesellschaft [für Kultur- und Wirtschaftsaustausch mit Polen; C.L.], in: *Jenseits der Oder* 8 (1957), 1, S. 5-7.

glieder in der Gerlach-Gesellschaft zu umgehen, indem sie mehrere Male eine finanzielle Unterstützung durch die Polnische Militärmission organisierten.⁵⁵

Spätestens 1968 hatte jedoch die Öffnung der westdeutschen HvGG ein Ende. Zum einen wurde dies in dem schärferen und ideologischen Tonfall spürbar, der erneut in zahlreiche Texte Einzug fand.⁵⁶ Zum anderen wurde offenkundig, dass die HvGG wieder an den Rand des politischen Spektrums driftete: Seit Ende der 1960er Jahre entstanden – oft ermutigt durch die Neue Ostpolitik der Bundesregierung – an zahlreichen Orten in der Bundesrepublik neue Deutsch-Polnische Gesellschaften. Die Gerlach-Gesellschaft trat diesen gegenüber mit einem Führungsanspruch auf, da sie zweifellos die älteste gesellschaftliche Organisation in diesem Tätigkeitsfeld war. Der Anspruch der HvGG wurde jedoch, vor allem weil es politische Differenzen gab, von den meisten Neugründungen zurückgewiesen, so dass sich das breiter werdende gesellschaftliche Engagement für eine deutsch-polnische Annäherung seit den 1970er Jahren nicht im Rahmen der Gerlach-Gesellschaft, sondern unabhängig von ihr entwickelte.⁵⁷

Fazit

Die *Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft* (HvGG) hat nach ihren Gründungen in Ost-Berlin 1948 und in Düsseldorf 1950 eine in Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Entwicklung genommen. In der DDR wurde die Arbeit der HvGG fast ausschließlich von der SED-Agitationsabteilung bestimmt. In der Bundesrepublik hingegen war die Tätigkeit der HvGG das Ergebnis eines ständigen Aushandlungsprozesses zwischen drei Gruppen, und zwar zum Ersten der SED-Führung in Ost-Berlin bzw. den von ihr beauftragten KPD-Funktionären in Düsseldorf, zum Zweiten den Vertretern der polnischen Außenpolitik in Gestalt der Polnischen Militärmission in Berlin sowie zum Dritten einer Gruppe von Personen aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern, die nicht nur das gemeinsame Interesse an Polen, sondern auch eine mehr oder minder große Distanz zur kommunistischen Ideologie verband. Anfangs hatten die SED- bzw. KPD-Funktionäre den größten Einfluss. Daher klangen die Veröffentlichungen der HvGG aus den ersten Jahren in Ost und West sehr ähnlich: Monoton wurde der sozialistische Aufbau Polens in der Gegenwart gepriesen. Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen wurde von der Gerlach-Gesellschaft auf den Klassenkampf zwischen deutschen Kapitalisten und polnischen Arbeitern verkürzt. Sie suggerierte in ihren Texten, dass die gesamten verlorenen deutschen Ostgebiete bereits im 19. Jahrhundert von einer polnischen Mehrheit bewohnt wurden, die

⁵⁵ ArchMSZ Warschau, z 10/ w 31/ t 273, fol. 4-8, Bericht von Raczkowski (Polnische Militärmission Berlin) an das Polnische Außenministerium in Warschau, betr. „Towarzystwa Współpracy Kulturalnej z Polska“, Berlin, 9. Juni 1959.

⁵⁶ Vgl. exemplarisch [ohne Autor]: Für Frieden und Sicherheit in Europa – Erklärung des Vorstandes der Gesellschaft, in: Stimmen und Begegnungen 6 (1968), 10/11, S. 1.

⁵⁷ Vgl. dazu Dialog der Bürger (wie Anm. 5).

von der Minderheit deutscher Grund- und Fabrikbesitzer ausgebeutet worden wäre. Ein solches Geschichtsbild, in dem die Ostgebiete als polnisch besiedeltes Territorium erschienen, diente als Argument, um die Festlegung der Grenze an Oder und Neiße zu rechtfertigen. Diese Geschichtsdarstellung war zugleich das Spiegelbild zu jener rein deutschen Lesart der Geschichte der Ostgebiete, die von den Gegnern der Oder-Neiße-Grenze – allen voran von den Vertriebenenverbänden – propagiert wurde, um die Ostgebiete zurückzugewinnen. Beide Seiten wählten nur solche Ausschnitte aus der vielfältigen deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, die sich im politischen Streit um die Grenze verwenden ließen. Aus diesem oft nur noch phrasenhaften Schlagabtausch fanden weder die HvGG noch ihre Kontrahenten einen Ausweg.

An der Darstellung der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen änderte sich in den Publikationen der westdeutschen Gerlach-Gesellschaft kaum etwas, als sich ab 1956/57 eine ideologische Öffnung der HvGG abzeichnete. Jedoch wurden ihre Veröffentlichungen über polnische Kunst, Literatur, Kultur und Gesellschaft der Gegenwart vielfältiger. Nicht unterschätzt werden sollten ebenso die Beiträge über die nationalsozialistische Besatzungspolitik in Polen, mit denen die HvGG ihre deutschen Leser konfrontierte. Nachdem die Gerlach-Gesellschaft in den Jahren zuvor auf weitgehende Ablehnung in der westdeutschen Gesellschaft gestoßen war, gelang es ihr nun, breitere Kreise für Polen zu interessieren. Diese Offenheit und Vielfalt währte jedoch nur kurze Zeit, da die westdeutsche Gerlach-Gesellschaft ab 1968 – offenbar unter dem Druck der SED – wieder auf eine straffere kommunistische Linie einschwenkte. Als in der Bundesrepublik ab Ende der 1960er Jahre das Interesse an Polen wuchs, äußerte sich dies auch nicht in einem stärkeren Zulauf zur HvGG, sondern gerade in der Gründung neuer, unabhängiger Deutsch-Polnischer Gesellschaften.

Über die größte Ausstrahlungskraft für die deutsch-polnischen Beziehungen verfügte die westdeutsche Gerlach-Gesellschaft demnach zwischen 1956 und Mitte der 1960er Jahre. Während dieser Zeit hatte sie erheblichen Anteil daran, in der Bundesrepublik das Wissen über polnische Kultur, Kunst und Literatur zu mehren. Zu einem besseren Verständnis der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte allerdings hat sie – wie ihre Gegner gefangen in einem verkürzten Geschichtsbild – wenig beigetragen.



Abbildung 1: Durch die Gebietsabtretungen infolge des Ersten Weltkrieges befanden sich nach 1918/21 nur noch kleinere Regionen im Deutschen Reich (in Ostpreußen, in der Grenz- und Neumark sowie in Oberschlesien), in denen die Einwohner mehrheitlich nicht deutsch sprachen (Quellen: Kozenn: Kozenn Atlas, Tafel 37; Romer: Atlas Polski, Tafel IX; Diercke: Diercke Schulatlas, Tafel 140).

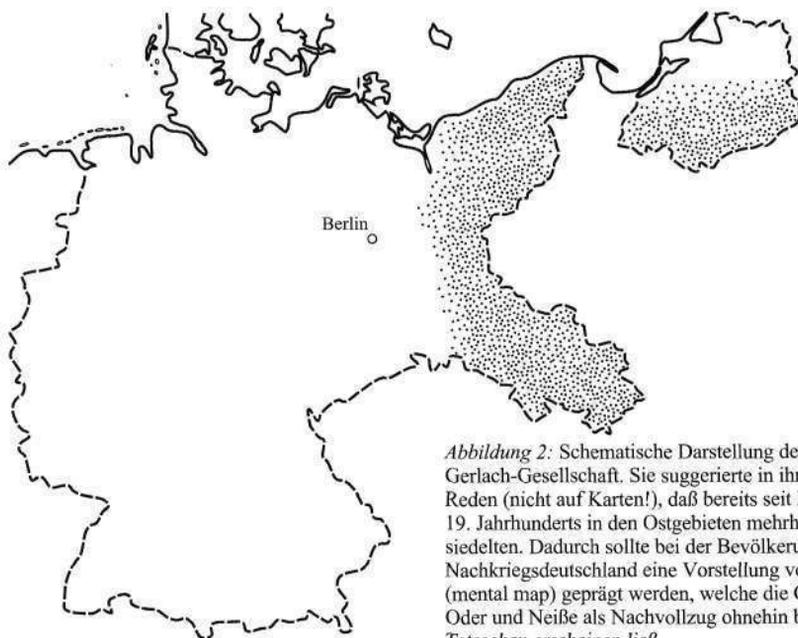


Abbildung 2: Schematische Darstellung der Propaganda der Gerlach-Gesellschaft. Sie suggerierte in ihren Texten und Reden (nicht auf Karten!), daß bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts in den Ostgebieten mehrheitlich Polen siedelten. Dadurch sollte bei der Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland eine Vorstellung von den Ostgebieten (mental map) geprägt werden, welche die Grenzziehung an Oder und Neiße als Nachvollzug ohnehin bestehender Tatsachen erscheinen ließ.

----- Grenze des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg (1918/21 bis 1937)
 [Stippled Box] Tatsächliche (Abb. 1) bzw. vermeintliche (Abb. 2) Lage und Größe der Siedlungsgebiete, in denen vor 1939 mehrheitlich nicht deutsch gesprochen wurde.